

**N I E D E R S C H R I F T**

**zur 25. Sitzung der Gemeindevertretung der Legislaturperiode 2006-2011**

**am Donnerstag, den 12.03.2009.**

**Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr**

**Sitzungsende: 21:15 Uhr**

**Anwesend:**

**CDU-Fraktion**

Heijo Hoß (Vorsitzender der Gemeindevertretung), Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender), Konrad Ammenhäuser, Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel, Christina Krantz, Manfred Möller, Rainer Pfeffer, Hilmar Stahl, Alexander Steiß, Elisabeth Wege

**SPD-Fraktion**

Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Werner Knobloch, Kurt Barth, Brunhilde Born, Doris Knobloch, Siegfried Koch, Barbara Muzzulini (ab 19.50 Uhr), Jürgen Rabenau

**Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende), Reinhard Ahrens, Ansgar Kraiker (bis 21.05 Uhr)

**FDP-Fraktion**

Christian Fischer (Fraktionsvorsitzender), Gunter Heuser

**Fraktion Freie Bürgerliste Weimar**

Hans Jakob Heuser (Fraktionsvorsitzender, ab 19.15 Uhr), Winfried Laucht

**Fraktionslos:**

Lothar Potthoff

**Entschuldigt:**

**Von der SPD-Fraktion**

Hans-Herbert Pletsch, Reiner Sauer

**Fraktion Freie Bürgerliste Weimar**

Hans-Heinrich Schmidt, Helle Grün

**Anwesende des Gemeindevorstandes:**

Bürgermeister Muth, Stefan Bug (1. Beigeordneter), Karl-Heinz Kraft, Helge Fuhr, Frank Dieffenbach, Helmut Wenz, Dagmar Kemmerling, Helmut Paulsen

**Es fehlten:**

Reinhard Karber, Kurt Wenz, Otto Weimar, Svenja Bierl

**Schriftführer:**

Rita Rohrbach

**Tagesordnung:**

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
2. **Mitteilungen aus dem Gemeindevorstand;  
Bericht des Bürgermeisters**
3. **III. Änderungssatzung zur Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung;  
hier: Erhöhung der Abwassergebühren  
10/23/2008/06-11**
4. **Finanzierungsmodell für Straßenbaumaßnahmen  
20/5/2008/06-11**
5. **Reduzierung der Abfallgebühren  
60/10/2008/06-11**
6. **Haushaltssatzung 2009 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm)  
20/1/2009/06-11**
7. **Herstellung einer gepflasterten Fläche zwischen Sportplatz und  
Lärmschutzwand  
41/6/2009/2006-2011**
8. **Bericht der Jugendpflege für das Jahr 2008  
50/1/2009/2006-2011**
9. **Satzung über die Benutzung der Kindergärten der Gemeinde Weimar (Lahn);  
hier: Änderung der festgelegten Reihenfolge für die Aufnahme von Kindern  
Antrag einer Mutter zur bevorzugten Aufnahme von Geschwisterkindern in die  
Kindergärten der Gemeinde Weimar (Lahn)  
31/28/2008/06-11 1. Ergänzung**
10. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Schaffung eines kommunalen  
Netzwerks für ältere und alte Menschen  
10/12/2008/06-11**
11. **Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2009 zur Mindestverordnung für  
Kinderbetreuung  
10/3/2009/06-11**
12. **Anfragen**
13. **Verschiedenes**

**Inhalt der Verhandlungen:**

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Heijo Hoß, eröffnete um 19.00 Uhr die Gemeindevertretersitzung, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Muth, die Schriftführerin, die Mitglieder der Gemeindevertretung sowie die Vertreter der Presse.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Von 31 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern waren 24 anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig sei.

Der 1. Vorsitzende gratulierte Herrn Gemeindevertreter Sigfried Koch und Schriftführerin Rita Rohrbach nachträglich zum Geburtstag.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung bat die Anwesenden, sich für eine Schweigeminute zum Gedenken der Opfer und ihrer Angehörigen, die bei dem Amoklauf in Winnenden ums Leben kamen, zu erheben.

## **2. Mitteilungen aus dem Gemeindevorstand; Bericht des Bürgermeisters**

1. Beschluss über die Aufnahme eines Kommunaldarlehens aus der Kreditermächtigung 2007 in Höhe von 500.000,-- € bei der Hess. Landesbank.
2. Beschluss über die außerplanmäßigen Mehrkosten für die geplanten Sanierungsarbeiten der Walgerbachbrücke in Höhe von bis zu 12.000,-- € incl. MWSt. Aufgrund von Gesprächen mit dem ZMW bezüglich der Zuständigkeit für die Wasserleitung werde sich dieser Betrag um ca. 5.000,-- € vermindern.
3. Beschluss, folgende Straßenbezeichnung für das Baugebiet „Am roten Weg“, Niederweimar, gemäß der Zuordnung im Übersichtsplan „Am roten Weg“, „Am Reingarten“ und „Am Sandfluss“ festzulegen.
4. Beschluss, die Einstiegsstelle für Bootswanderer im OT Roth an die Bundesvereinigung für Kanutouristik zu verpachten.
5. Beschluss, das Ingenieurbüro Kolmer & Fischer, Linden, mit der Kanalsanierungsplanung im OT Niederwalgern zum Angebotspreis in Höhe von 14.763,52 € für die Entwurfsplanung und in Höhe von 41.558,10 € für die Ausführungsplanung, Ausschreibung, Ausführung, Bauüberwachung und Dokumentation zu beauftragen. Die bisherige Auftragssumme werde auf das Gesamthonorar angerechnet.
6. Beschluss, das gesamte Kanalnetz der Ortslage von Niederwalgern hydraulisch neu berechnen zu lassen und hierfür das Ing.büro Kolmer & Fischer auf der Grundlage des Angebotes in Höhe von 7.803,13 € zu beauftragen.
7. Der Gemeindevorstand habe in seiner Sitzung vom 08.01.2009 beschlossen, dass Kinder von Einsatzkräften der Feuerwehr im Alter von 3 bis 12 Jahren während notwendig werdender Einsätze in den gemeindlichen Kindergärten betreut werden können.
8. Dem Gemeindevorstand liege ein Schreiben der Gemeinden Ebsdorfergrund und Fronhausen vor, wonach die beiden Gemeindevorstände beschlossen hätten, keine weitere Gemeinde in die Durchführung des „autofreien Sonntags“ aufzunehmen. Damit gebe es für die Gemeinde Weimar zunächst keine Möglichkeit einer Teilnahme.
9. Inzwischen sei eine Mitteilung bezüglich des Konjunkturpaketes II eingegangen. Danach erhalte die Gemeinde Weimar Bund- und Landesmittel in Höhe von 651.325,28 €. Die Bedingungen zum Abrufen seien kompliziert. Bisher gebe es zwei Abruffermine: 30.03. bzw. 30.04.2009. Nach dieser Sitzung könnte mit den Fraktionsvorsitzenden und den Ausschussvorsitzenden das weitere Vorgehen besprochen werden.

10. Bürgermeister Muth wies darauf hin, dass das Programm für das Festjahr 850 Jahre Oberweimar als Tischvorlage verteilt wurde.
11. Im Bürgerhaus Niederweimar werde durch einen bis dahin ortsansässigen Gastwirt ein gastronomisches Angebot unterbreitet an den Tagen, an denen das Bürgerhaus nicht anderweitig genutzt werde.

**3. III. Änderungssatzung zur Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung;  
hier: Erhöhung der Abwassergebühren**

Drucksache: 10/23/2008/06-11

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Alexander Steiß, berichtete, dass in der Ausschusssitzung Herr Dipl.-Ing. Koch und Herr Martin vom Ingenieurbüro Kolmer & Fischer anwesend waren und für Fragen zur Verfügung standen. Diskussionsergebnis sei gewesen, dass festgestellt wurde, dass das finanzielle Volumen der beiden Sanierungskonzepte sich annähere. Herr Martin habe klargestellt, dass ca. 30.000,- € aus der aktuellen Kalkulation vom Büro Kolmer & Fischer abzuziehen seien, da die Sanierung des Kreuzweges in Niederwalgern bereits erledigt sei., Bezüglich der Kostenquotelung für die Baumaßnahme „Hundsrück“ im OT Roth habe Bürgermeister Muth erklärt, dass die Kosten getrennt nach Kanalerweiterungs- bzw. Neuerrichtungsmaßnahmen abgerechnet würden. Darüber hinaus sei die unterschiedliche Handhabung im Ausschreibungsverfahren bezüglich der „offenen Bauweise“ und dem „Inlinerverfahren“ erläutert worden.

Der Ausschuss habe für die nächste Ausschusssitzung um Auskunft über die Höhe des Haushaltsrestes aus 2008 gebeten. Weiterhin soll die Frage geklärt werden, inwieweit vor dem Hintergrund des neuen Haushaltsrechtes der im Haushaltsplan enthaltene Zinsaufwand für die Abwasseranlagen zulässig sei. Der Ausschuss gebe daher keine Beschlussempfehlung, sondern stelle die Angelegenheit bis zur nächsten Ausschusssitzung zurück.

**Beratungsergebnis:** Zurückgestellt

**4. Finanzierungsmodell für Straßenbaumaßnahmen**

Drucksache: 20/5/2008/06-11

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses berichtete von den Beratungen und dass auch zu diesem TOP Herr Kolmer vom entsprechenden Ingenieurbüro zur Verfügung stand.

Dieser habe berichtet, dass eine andere Kommune durch das der Diskussion zugrunde liegende Konzept ca. 10 bis 15 % im Vergleich zur herkömmlichen Einzelausschreibung eingespart habe. Bisherige Aufträge seien überwiegend an ortsansässige mittelständische Unternehmen vergeben worden. Mit den Anliegern könne eine Ablösevereinbarung bezüglich einer Stundung bzw. Ratenzahlung vereinbart werden. Von Vorteil sei, dass die Gemeinde keine Abschlagsrechnungen zu zahlen hätte. Bezüglich der Verwendung etwaiger Mittel aus Konjunkturprogrammen habe Bürgermeister Muth erklärt, dass Anliegerstraßen voraussichtlich nicht förderungswürdig seien. Der Ausschuss empfehle mit 5 Ja-, 3 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung den vorliegenden Beschlussvorschlag.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, dass der Gemeindevorstand die Verwaltung beauftragt, mit den jeweiligen Straßenanliegern die notwendigen Straßenbaumaßnahmen auf der Grundlage des Finanzierungsmodells abzustimmen.

**Beratungsergebnis:** 13 Ja-Stimmen, 11 Gegenstimmen,  
2 Stimmenthaltungen

**5. Reduzierung der Abfallgebühren**

Drucksache: 60/10/2008/06-11

Auch hier berichtete der Vorsitzende des Haupt,- Finanz- und Wirtschaftsausschusses von den Beratungen in diesem Gremium.

Bürgermeister Muth habe mitgeteilt, so der Vorsitzende, dass noch keine endgültige Aussage der Befa zur künftigen Höhe der Entsorgungskosten vorliege. Im Ausschuss sei über die etwaige Verwendung der Rücklage zu Gunsten einer Reduzierung der Abfallgebühren diskutiert worden.

Herr Stephan Wenz habe für die SPD betont, dass derzeit eine Reduzierung der Gebühren nicht angebracht sei, da verlässliche Zahlen bezüglich der zukünftigen Entwicklung noch nicht vorlägen.

Auch über die Wiedereinrichtung einer Sammelstelle für Astschnitt solle unter diesem Gesichtspunkt nachgedacht werden.

Herr Winfried Laucht habe sich für eine Reduzierung der Gebühren rückwirkend zum 01.01.2009 um 10 % ausgesprochen und dies zum Antrag erhoben und diesen Antrag begründet mit der von allgemeinen Unsicherheiten geprägten finanziellen Lage.

Da dieser Antrag der weitergehende Antrag gewesen sei, habe der Ausschuss zunächst hierüber abgestimmt. Der Antrag sei mit 1 Ja-Stimme, 3 Nein-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen abgelehnt worden.

Herr Stephan Wenz von der SPD-Fraktion habe erklärt, dass der Antrag seiner Fraktion aufrechterhalten und die zukünftige Entwicklung beobachtet werden solle.

Weiter habe Herr Wenz ausgeführt, dass seine Fraktion bezüglich der Sachdarstellung des Bürgermeisters feststellen müsse, dass aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage die künftige Entwicklung der Kosten im Bereich des Abfalls nur schwer vorhersehbar sei. Beispielhaft nannte er hier die Kostenentwicklung auf dem Altpapiersektor. Seine Fraktion vermute daher, dass die Abfallrücklage bei gleichbleibenden Gebührensätzen eine Reduzierung erfahren werde. Seine Fraktion hoffe, dass eine Weitergabe erhöhter Abfallgebühren an die Bürger zeitlich hinausgeschoben werden könne.

Frau Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass es sicherlich eine erfreuliche Entwicklung gewesen wäre, die Abfallgebühren, entgegen des allgemeinen Trendes, reduzieren zu können. Die Gefahr bestehe, dass in diesem Fall in 1 bis 2 Jahren wieder die Anhebung notwendig würde, was dann sicherlich Unverständnis in der Bevölkerung hervorrufen würde.

Herr Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender der CDU) führte aus, dass man in jedem Fall das Ergebnis der Ausschreibung im kommenden Jahr abwarten und danach entscheiden solle, wie man mit Gebührenveränderungen umgehe.

Herr Winfried Laucht (FBW) ergänzte, dass es sicherlich richtig sei, in wirtschaftlich ruhigen Zeiten eine Rücklage zu bilden. In der derzeitigen Situation allerdings halte seine Fraktion es nicht für vertretbar, eine Rücklage in dieser Höhe anzusammeln, ohne dem Bürger einen Nachlass zu gewähren, auch wenn er nur vorübergehend sei.

**Beratungsergebnis:** Zurückgestellt

**6. Haushaltssatzung 2009 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm)**

Drucksache: 20/1/2009/06-11

Zunächst berichtete der Vorsitzende von den Beratungen im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

Der Haushalt sei nach einzelnen Teilhaushalten beraten worden. Aufgetretene Fragen seien beantwortet worden bzw. die Beantwortung zur heutigen Sitzung in Aussicht gestellt worden.

Folgende wichtige Punkte, die der Beratung unterzogen wurden, wolle er herausstellen:

- Derzeit seien ca. 80 bis 85 % des Anlagevermögens erfasst worden.
- Der Ansatz für die Gemeindeparterschaften sei begründet mit dem Besuch einer Delegation aus Polen anlässlich der 850-Jahrfeier Oberweimar.
- Die Kosten für nicht eigenständige Feuerwehrgerätehäuser werden über die einzurichtende Kosten- und Leistungsrechnung erfasst.
- Günstigere Alternativen bezüglich der Beförderung der Kindergartenkinder seien nicht ersichtlich.
- Bezüglich zum Teil unklarer Bezeichnungen von Sachkonten habe Bürgermeister Muth erklärt, dass dies programmbedingt vorgegeben sei.
- Offene Fragen seien durch die vorliegende Tischvorlage beantwortet worden.
- Bezüglich des Stellenplanes, so der Ausschussvorsitzende, sei erläutert worden, dass die Aufstockung im Bereich des Ordnungsamtes um 0,22 Stellen auf doppischbedingte, in größerem Umfang anfallende Kalkulationen im Bereich der Feuerwehr, zurückzuführen sei.  
Weiterhin sei beraten worden über die Einrichtung zweier neuer Stellen im Bereich des Bauhofes, die Umwandlung einer befristeten Stelle in eine unbefristete Stelle im Bereich der Buchhaltung sowie eine unbefristete Stelle im Bereich der Kosten- und Leistungsrechnung.  
Im Ausschuss habe man sich zum Teil dafür ausgesprochen, zunächst zeitlich befristete Lösungen zu suchen.  
Im Ausschuss seien folgende Anträge gestellt worden:
  1. Rückgängigmachung der Erhöhung der Beiträge in § 7 der Haushaltssatzung.  
Dieser Antrag sei mit 1 Ja-, 3 Nein-Stimmen u. 5 Stimmenthaltungen abgelehnt worden.
  2. Keine Umwandlung der befristeten Stelle in der Buchhaltung in eine unbefristete Stelle.  
Dieser Antrag sei mit 6 Ja- und 3 Nein-Stimmen angenommen worden.

3. Herausnahme der unbefristeten Stelle im Bereich der Kosten- und Leistungsrechnung und die Empfehlung, dem Auszubildenden einen befristeten Jahresvertrag anzubieten.  
Dieser Antrag wurde mit 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen angenommen.
4. Streichung der beiden zusätzlichen Stellen auf dem gemeindlichen Bauhof.  
Dieser Antrag wurde mit 4 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen abgelehnt.

Im Ausschuss habe es zu dem vorliegenden Haushaltssicherungskonzept keinen Beratungsbedarf gegeben.

Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung, den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 mit den Bestandteilen des Haushaltsplanes und den zugestimmten Veränderungen sowie den Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes zu beschließen.

Zunächst erhielt das Wort Herr Jürgen Rabenau (SPD):

Zu Beginn seiner Haushaltsrede führte Herr Rabenau aus, dass im wahrsten Sinne des Wortes ein gewichtiges Werk des Haushaltes 2009 vorliege, sich aber eine Diskussion über Sinn und Unsinn dieser neuen kommunalen Haushaltswirtschaft erübrige, da seit Längerem dieses Faktum fest stehe und sich alle Betroffenen damit zu arrangieren hätten.

Er sei sich im Klaren darüber, dass bei der Umstellung eine Menge Schwierigkeiten und Widerstände zu überwinden gewesen seien, daher gelte seine uneingeschränkte Achtung und der Dank an alle Mitarbeiter der kommunalen Verwaltung, die sich dieser Herausforderung stellten und noch stellen müssen. Die hohen Erwartungen, die an das neue Rechnungswesen geknüpft waren, seien enttäuscht worden und das, was vorliege, sei eine Fortschreibung eines kameralen Ansatzes auf doppischer Basis, also der Ausdruck des kommunalen Kontenrahmens.

Gründe seien z.B. darin zu suchen, dass erst rund 85 % des Anlagevermögens erhoben wurde, dass es die KLR-Daten erst seit Beginn des Jahres gebe, ganz zu schweigen von einem Produkthaushalt.

In keinem Fall dürfe man eine industrielle Doppik mit der kommunalen Doppik verwechseln, da Ziel eines Industrieunternehmens Gewinnmaximierung sei. Ziel einer Kommune müssen das kostendeckende oder ausgeglichene Budget sein. Dabei müsse man sich im Klaren darüber sein, dass dieses Ziel massiv von äußeren Faktoren beeinflusst werde, denke man nur an die gestiegene Kreisumlage und an die Verordnung über die Mindestvoraussetzungen in den Kindergärten.

So sei der Bereich Ressourcenverbrauch mit 650.000,-- € im doppischen Haushalt wiedergegeben. Prinzipiell sei hier eine periodengerechte oder generationsgerechte Darstellung von langfristigen Investitionen ein guter Weg. Wer allerdings nur die Zahlen im Auge habe, verkenne, dass für die Kommune soziale Komponenten, wie eine intakte Infrastruktur, ein funktionierendes Bildungswesen, aber auch aktive Vereinsarbeit und Ehrenamt wichtige Faktoren seien. Wichtig sei auch, dass man sich aufgrund der sehr feinen Untergliederung des doppischen Kontenrahmens nicht im Detail verlieren sollte. Seine Fraktion bezweifle, dass der vorliegende Haushalt in seiner detaillierten Ausprägung ein

geeignetes Instrument für die Zukunft sei. Eine konsolidierte Sicht auf die Daten sei eine Grundvoraussetzung für eine solide Entscheidungsgrundlage. So müsse man sich die zweimal jährlich vorgeschriebene Berichterstattung durch die Verwaltung genau ansehen, definieren und nutzen.

Ziel der Parlamentarier sollte klar „Steuern statt Rudern“ sein.

Werfe man einen Blick auf das vorliegende Haushaltswerk, so seien auffällig die 3,5 Mio. € an Steuer und gesetzlichen Umlageaufwendungen, wobei der Löwenanteil die Kreisumlage mit 2 Mio. € ausmache. Wenn der Kreis sich auf diese Art und Weise auf Kosten der Kommunen zu sanieren versuche, erscheine das seiner Fraktion äußerst zweifelhaft und kontraproduktiv zu den Bestrebungen, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Neu seien die Abschreibungsaufwände von fast rd. 650.000,-- € im Ergebnishaushalt. Dieser Wert werde sich noch erhöhen, da das kommunale Anlagevermögen noch nicht komplett bewertet sei. Die Gemeinde habe, entgegen privater Unternehmen, keine Möglichkeit, mit Abschreibungsaufwände das Betriebsergebnis zu mindern, sondern müsse diesen sogenannten Ressourcenverbrauch durch entsprechende Erträge kompensieren. Irreführend sei auch der Glaube, durch Veräußerung von kommunalen Anlagen diese Aufwendungen minimieren zu können, da Buchwert nicht gleich Marktwert sei. Im Übrigen seien bestimmte Anlagen, wie z.B. Brücken überhaupt nicht zu veräußern. Hier gelte es, sorgfältig abzuwägen hinsichtlich möglicher Eingriffe in dieses Gefüge, die ein Steuerungsauftrag an das politische Gremium der Kommune darstellen.

Seine Fraktion sehe in der nicht gewinnbringenden Veräußerung der Abwasseranlagen an einen kommunalen Verband ein Versäumnis.

Verwunderlich sei, dass die Fraktionen, die gegen die Veräußerung gestimmt haben, sich scheuen würden, für die notwendigen Sanierungen unausweichliche Gebührenanpassungen vorzunehmen. Immerhin liege ein langfristiges Sanierungskonzept in Höhe von rd. 750.000,-- € vor. Wer sogenanntes „Tafelsilber“ nicht „verschern“ wolle, der dürfe nicht vergessen, dass es regelmäßig geputzt werden müsse.

Positiv sei, so Herr Rabenau, dass in der letzten HFWA-Sitzung der Grundstein dafür gelegt werde, dass das bereits in der vorletzten Sitzung vorgelegte Finanzierungskonzept nun umgesetzt und ca. 130.000,-- € für den Straßenbau investiert werden können. Damit sei für alle Beteiligten eine positive Situation geschaffen worden. Allerdings gelte auch hier, dass für getätigte Investitionen der Haushalt in Form von Abschreibungen belastet werde.

Da es sich hier um die transparente Darstellung von Vorgängen handle, habe seine Fraktion kein Verständnis für die ständige Forderung und Vorlage weiterer Details, wie es einige Fraktionen praktizieren.

Herr Rabenau sprach das hochdefizitäre Friedhofswesen und die notwendig werdende Anpassung der Gebühren an, ebenso wie eine Verkleinerung des Gemeindeparlamentes. Beides Punkte, die schnellstmöglichst anzugehen seien.

Der vorgelegte Stellenplan, so Herr Rabenau, spiegele das zuvor erwähnte wider, da die Kommune keinen Einfluss auf die neue Verordnung bezüglich der Heraufsetzung der Fachkräfte pro Kindergartengruppe gehabt habe. Beides führe zu zusätzlichem Personalbedarf, den seine Fraktion unterstütze. Seine Fraktion plädiere nicht für die Deckung des Personalbedarfs durch 1,-- €-Jobs. Im Zusammenhang mit dem Stellenplan sei die Forderung nach interkommunaler Zusammenarbeit laut geworden. In Zukunft werde das unweigerlich nötig werden, um Herr der Kosten zu bleiben.

Seine Fraktion werde dem vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung für das



Haushaltsjahr 2009 mit dem im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss mehrheitlich geänderten Stellenplan zustimmen.

Der Fraktionsvorsitzende der FBW, Herr Hans J. Heuser, erklärte zu dem vorliegenden Haushaltsentwurf Folgendes:

Seine Fraktion wolle vorweg den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die sich in den letzten beiden Jahren mit den Vor- und Ausführungsarbeiten zu dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2009 beschäftigt hätten, bedanken. Seine Fraktion habe sich eingehend mit dem vorliegenden Planungswerk auseinandergesetzt. Sie begrüße die Veränderungen des bisherigen kameralen Haushaltsrechts zu dieser neuen Art der Buchführung. Der Ergebnishaushalt, so Herr Heuser, der mit dem Verwaltungshaushalt zu vergleichen sei, weise allerdings einen Fehlbetrag von 697.880,- € aus, was dazu führe, dass das Gesetz die Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes vorschreibe. Wenn man das auf die leichte Schulter nähme und würde von diesem Betrag die 650.000,- € Abschreibungen und die erhöhte Schul- und Kreisumlage in Höhe von 270.000,- € in Abzug bringen, bleibe noch ein Defizit von etwa 420.000,- bis 430.000,- € übrig. Allerdings müssen die Abschreibungen erwirtschaftet werden, um den Ressourcenverbrauch auszugleichen und das Anlagevermögen zu erhalten.

Seine Fraktion habe sich sehr intensiv damit beschäftigt, wie die gesetzliche Vorgabe, dass „Ursachen“ und „unverbindliche Festlegungen“ über das Konsolidierungsziel sowie die „notwendigen Maßnahmen“ erfolgen. Seiner Fraktion fehlen klare Aussagen, es liege kein ausreichendes Konzept zu Einsparmöglichkeiten vor. Nirgendwo sei ein Sparwillen zu erkennen. Die Politik des Bürgermeisters sei gekennzeichnet von Gebührenerhöhungen in nahezu allen Bereichen. Seine Fraktion sei nicht damit einverstanden, dass lediglich im Bereich der Erhöhung von Einnahmen ein Ausgleich geschaffen werden solle, selbstverständlich müssten auf der Ausgabenseite ebenfalls Überprüfungen zur Kostensenkung angestellt werden. Lediglich die beabsichtigte Prüfung von Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauches komme dieser Forderung entgegen. Bezüglich der angedachten Überprüfung der Nutzung kommunaler Liegenschaften zur Erzielung von Einspeisevergütungen für erzeugte Energie begrüße seine Fraktion, allerdings fehle hierfür bisher ein entsprechendes Konzept.

Die angeführte Überprüfung der Organisationsstruktur könne nach dem Dafürhalten seiner Fraktion nicht zu einem erheblichen Sinken der defizitären Lage beitragen.

Eine Überprüfung des Reinigungsintervalls der Räume mute der Gemeindeverwaltung eher etwas merkwürdig an.

Seine Fraktion unterstütze in jedem Fall Bemühungen nach interkommunaler Zusammenarbeit und damit verbundenen Einsparmöglichkeiten. Eine Überprüfung der Gebührensätze und Neukalkulation der Grundlage der Abschreibungswerte im Bereich des Brandschutzes mit der Anhebung um 0,22 Personalstellen in diesem Bereich zu begründen, bedeute sicherlich eine enorme Anhebung der Gebührensätze. Dass die Konzessionsverträge hin und wieder einer Überprüfung bedürfen bezüglich der evtl. Erzielung von Mehreinnahmen sei nach Meinung seiner Fraktion selbstverständlich.

Hinsichtlich der Überprüfung der bestehenden Praxis bei Pflege und Unterhaltung von Grünflächen und ähnlichem biete sich selbstverständlich eine interkommunale Zusammenarbeit an, evtl. auch eine Teilprivatisierung.

Im Bereich des Friedhofs- und Bestattungswesens erinnerte er daran, dass seine Fraktion am 23.01.2008 um Vorlage der Aufstellung bezüglich der inneren

Verrechnungen gebeten habe. Leider sei nur eine Aufstellung der Mähkosten im Bereich der Friedhöfe zugestellt worden. Selbst wenn im Bereich des Friedhofs- und Bestattungswesens eine kostendeckende Gebührenerhöhung vorgenommen würde, könne dies nicht zur Deckung des Fehlbetrages führen.

Auch die Überprüfung der Höhe von Benutzungsentgelten gehöre zu der von seiner Fraktion beanstandeten Vorgehensweise.

Positiv sehe seine Fraktion, dass bezüglich der Unterhaltung der Straßenbeleuchtung ein Wartungsvertrag mit den Stadtwerken Marburg abgeschlossen wurde. Seine Fraktion hätte es begrüßt, wenn in diesem Zusammenhang eine Aufstellung vorgelegt worden wäre, wie hoch die Einsparungen gegenüber der Durchführung durch den eigenen Bauhof sei. Seine Fraktion stelle fest, dass die Forderung des Gesetzgebers nach verbindlichen Festlegungen über das Konsolidierungsziel nicht eingehalten wurde. Alle angeführten Möglichkeiten stünden lediglich zur Überprüfung an. Auch der angestrebte Zeitraum, der für die notwendigen Maßnahmen anzugeben sei, sei nirgendwo erwähnt worden.

Seine Fraktion könne diese Art der Konsolidierung, die von Erhöhungen geprägt seien, nicht mittragen. Sie möchte die Ursachen analysieren und an den Gesamtkosten, die entstehen, gemeinsam mit dem gesamten Gremium eine Verbesserung erarbeiten.

Aufgrund der allgemeinen Wirtschaftslage müsse selbstverständlich auch der Ausgabenbereich einer Überprüfung unterzogen werden. So gehe seine Fraktion nicht davon aus, dass Verbesserungen im Bereich der Lohn- und Einkommensteueranteile in Höhe von 360.000,-- € realistisch seien.

Bezüglich des Stellenplanes begrüße seine Fraktion die Beschlussempfehlung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, wonach die bis Ende 2010 befristete Stelle in der Buchhaltung zunächst weiter befristet bleiben solle und wonach man dem Auszubildenden nach Beendigung seiner Ausbildung für 1 Jahr einen befristeten Arbeitsvertrag anbiete. Das alles im Hinblick darauf, so Herr Heuser, dass man die Entwicklung des Arbeitsanfalles im Bereich der Doppik in einem Jahr sicher besser beurteilen könne. Die Argumentation des Bürgermeisters, die Anhebung einer Stelle im Ordnungsamt um 0,22 mit der Neukalkulationen im Bereich des Brandschutzes zu begründen, sei nicht nachvollziehbar. Selbstverständlich sollte einem Mitarbeiter, der die Ausbildung zum gehobenen Dienst absolviere, eine Perspektive geboten werden, da man nicht in einem weiteren Fall Bedienstete für andere Kommunen ausbilden sollte. Den 2 zusätzlichen Stellen im Bereich des gemeindlichen Bauhofes könne seine Fraktion nicht zustimmen. Hier solle im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit nach Lösungsansätzen gesucht werden, auch im Hinblick auf mögliche Einsparpotentiale. Seine Fraktion werde daher nochmals einen Antrag zu diesem Tagesordnungspunkt auf Streichung dieser beiden ausgewiesenen Stellen stellen.

Sodann erhielt der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Jost-Hendrik Kisslinger, das Wort.

Er bedankte sich zu Beginn seiner Haushaltsrede ebenfalls bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Erstellung der vorliegenden Unterlagen.

Der Haushalt sei im Ausschuss, so Herr Kisslinger, intensiv beraten und mehrheitlich zur Beschließung dem Parlament empfohlen worden. Aufgrund der neuen Struktur seien Vergleiche mit vorangegangenen Haushalten schwierig. Jedoch er hoffe sich seiner Fraktion mehr Klarheit in den folgenden Haushalten

unter Heranziehung von Vergleichswerten. Das vorzulegende Haushaltssicherungskonzept, was bei einem nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalt vom Gesetzgeber vorgeschrieben sei, sei mit Spannung erwartet worden. Seine Fraktion stelle sich jetzt die Frage, wie der diesjährige Fehlbetrag in Höhe von 697.880,- € abgebaut werden solle. Für die in diesem Konzept angeführten Punkte, wie Überprüfung der Organisationsstruktur und Möglichkeiten einer interkommunalen Zusammenarbeit, erwarte seine Fraktion eine schnellstmögliche Erarbeitung und Festlegung von Konzepten und Zielen, um eine Entlastung herbeizuführen. Von diesen Maßnahmen sei im Haushalt nichts zu erkennen, vielmehr würden sich durch zusätzliche Stellen im Stellenplan die Personalkosten weiter erhöhen. Eine zunächst bis 2010 befristete Stelle solle umgewandelt werden in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis. Ebenso soll eine zusätzliche unbefristete Stelle für einen Auszubildenden und im Bereich des Bauhofes zwei weitere Stellen geschaffen werden. Nach Meinung seiner Fraktion stehe dies im völligen Widerspruch zu den beschriebenen Maßnahmen im Haushaltssicherungskonzept und sei aus kaufmännischer Sicht nicht nachzuvollziehen. Natürlich dürften die zu erledigenden Arbeiten nicht leiden, es gebe aber andere Möglichkeiten, personelle Engpässe zu überwinden. Aufgrund von krankheitsbedingten Ausfällen weitere unbefristete Stellen zu schaffen, entbehre jeglicher Grundlage.

Eine Entlastung im Bereich des Bauhofes bezüglich anfallender Arbeiten sei sicherlich der Abschluss eines Wartungsvertrages mit den Stadtwerken Marburg, die künftig Straßenbeleuchtungsunterhaltungsarbeiten zu erledigen hätten. Die im Haushaltssanierungskonzept überwiegend angeführten „Überprüfungen“ bei Gebührensätzen bedeute für den Bürger sicher nichts anderes als eine Gebührenerhöhung. Es könne nicht sein, dass der Bürger hier im Streuverfahren abkassiert werde. Daher tue seine Fraktion sich schwer mit der abschließenden Beurteilung über die evtl. Anpassung der Abwassergebühren. Zumindest gebe es hier weiteren Informationsbedarf.

Herr Kisslinger wies in diesem Zusammenhang noch einmal, wie er meinte, auf die Richtigkeit der Entscheidung seiner Fraktion hin, die Kanäle nicht zu veräußern. Zwar sei zunächst eine kurzfristige Gebührensicherheit in Aussicht gestellt worden, auf künftige Erhöhungen aber habe die Gemeinde keinen Einfluss mehr. Die bisher andiskutierte Erhöhung von 2,81 €/m<sup>3</sup> auf evtl. 3,30 €/m<sup>3</sup> liege immer noch weit unter dem nach einer offiziellen Informationsschrift des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke für andere Kunden geltenden Gebührensätze. So müsse in Fronhausen z.B. 4,70 €, in Gladenbach 4,55 €, in Lahntal 4,50 € und in Wetter 4,70 € pro m<sup>3</sup> verbrauchten Frischwassers gezahlt werden. Man sollte in Weimar froh sein, die Gebühren selbst bestimmen zu können.

Er mahnte zur Vorsicht und Umsicht bei der Gestaltung von Gebühren und Abgaben im Sinne aller Bürger.

Für kommende Haushaltssanierungskonzepte wünsche sich seine Fraktion klarere Aussagen und keine Widersprüche mit den übrigen Inhalten des Haushaltes.

Weiterhin müsse es künftig oberste Priorität sein, die Pflichtaufgaben mit den vorhandenen Mitteln vorrangig zu erfüllen. Etwaige Fehlbeträge bedürften der Erarbeitung neuer Maßnahmen und Konzepte, um so eine Verbesserung der Gesamtsituation zu erreichen. Alleine das Jammern über die Erhöhung der Kreisumlage und die vorgeschriebene Aufnahme von Abschreibungen im Haushalt führe zu keiner Verbesserung.

Seine Fraktion, so Herr Kisslinger, werde dem vorliegenden Haushalt nur zustimmen können, wenn die geforderten Änderungen im Bereich des Stellenplanes erfolgen.

Sodann erhielt der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Christian Fischer, das Wort.

Seine Vorredner hätten es schon angesprochen, so Herr Fischer, dass mit dem doppelischen Haushalt eine neue Ära im kommunalen Rechnungswesen beginne und damit einhergehend eine Menge neuer Begriffe und Methoden, die bisher nur aus der kaufmännischen Buchführung bekannt seien.

So bringe auch der bis dahin bekannte vergleichende Blick in den Haushalt des Vorjahres keine Erkenntnisse. So mache es Sinn, dass bei den Beratungen auf die Änderungen kleinster Details verzichtet wurde, denn Klarheit im Bedarf einzelner Positionen, sprich Produkte, werde erst die Zukunft bringen.

Dass in Zukunft, wenn nötige Erfahrungswerte vorliegen, schwierige Diskussions- und Entscheidungssituationen, auch in den Gebührenstrukturen, sei es Friedhofswesen oder Abwassergebühren, notwendig werden, sei vorhersehbar.

Seine Fraktion fordere zur Diskussion auf, die ein gemeinsames Ziel, nämlich eine zukunfts- und lebenswerte Gemeinde Weimar, haben müsse.

Seine Fraktion danke auch für die Arbeit, die nötig gewesen sei, um dieses Zahlenwerk zu erstellen.

Herr Fischer kündigte für seine Fraktion an, dass bezüglich des Stellenplanes keine einheitliche Abstimmung seiner Fraktion erfolgen werde, die anderen Haushaltsteile hätten hingegen die Zustimmung seiner Fraktion.

Frau Schneider von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärte, dass dieses im wahrsten Sinne des Wortes schwere Haushaltswerk auf der Seele laste.

Selbstverständlich gelte auch ihr Dank an die Mitarbeiter in der Verwaltung, die sehr viel zusätzliche Mühe und Arbeit damit hatten. Ihre Fraktion bemängelt die Aufblähung der Verwaltungsabläufe, die mit der Einführung der Doppik verbunden sei, ohne die Gemeinde mit den nötigen finanziellen Mitteln auszustatten. Ihre Fraktion trage den Haushalt so mit, wie er im Ausschuss mit den vorgenommenen Änderungen empfohlen wurde. Darüber hinaus spreche sich ihre Fraktion nach reiflicher Überlegung für die Herausnahme der beiden zusätzlichen Stellen im Bereich des gemeindlichen Bauhofes aus, da der Zwang zum Sparen für ihre Fraktion an dieser Stelle erste Priorität habe.

Bezüglich des von Herrn Rabenau angesprochenen Tafelsilbers erwiderte Frau Schneider, dass es sicherlich besser sei, ein „angelaufenes Tafelsilber“ zu haben als gar keines.

Ihre Fraktion werde dem Haushalt zustimmen unter der Voraussetzung, dass die beiden im Entwurf des Stellenplanes enthaltenen Stellen für den Bauhof herausgenommen werden.

Herr Lothar Potthoff (fraktionslos) erklärte, dass er mit Spannung die Aussagen seiner Vorredner verfolgt habe und welche Erwartungen an das neue Rechnungswesen, sprich Doppik, geknüpft würden. Er vertrete die Auffassung, dass man als Parlamentarier höllisch aufpassen müsse, dass einem als Parlament, welches ja aus Freizeitpolitikern bestehe, nicht der Überblick, und damit die parlamentarische Kontrolle entgleite. Die Doppik werde dann zu dem, was er befürchte, nämlich Demokratie ohne parlamentarische Partizipation in Kommunen, und er fürchte, dass dies gewollt sei.

Nach seiner Meinung mache es wenig Sinn, sei sogar unmöglich, das kaufmännische Rechnungswesen auf den Bereich der öffentlichen Verwaltung,

sprich Kommunen, zu übertragen. Wenn von dem Konzern „Kommune“ gesprochen werde, dann sei dies sicherlich teilweise gewollt, allerdings aufgrund der Aufgabenstellung, die eine Kommune zu erledigen habe, nicht passend. Wenn sich eine Kommune auf wirtschaftliche Fragen reduzieren lasse, vergesse man die zu erledigenden Aufgaben, wozu z.B. Infrastruktur und soziale Aufgabenbereiche gehören. So lassen sich ehrenamtliche und soziale Leistungen, die tagtäglich erledigt würden, nicht in Geld abrechnen. Auch könne die Gemeinde nicht, wie es derzeit aufgrund der Weltwirtschaftslage erfolge, Mitarbeiter entlassen. Nicht mehr Klarheit und Wahrheit im privatwirtschaftlich orientierten Rechnungssystem der Kommunen führte zu der Weltwirtschaftskrise, sondern die Intransparenz im Wirtschaftsbereich.

Wenn man das umfangreiche Zahlenwerk durcharbeite, stelle man fest, dass Zahlen und Inhalte der bisherigen kamerale Buchführung übertragen wurden. Insofern könne er Gemeindevertreter Rabenau verstehen, der auch enttäuscht sei über das Haushaltswerk, welches zur Beschlussfassung vorliege.

Über die Erhöhung der Schul- und Kreisumlage könne man sicherlich kontrovers diskutieren. Aber ohne sie hätte die Gemeinde keine Gesamtschule in Niederwalgern, keine kostenlose Nutzung der Sporthallen, die für die sporttreibenden Vereine eine elementare Unterstützung seien, nicht das Kulturhaus des Südens. Dies sei eine Top-Situation und die Vereine, die es nutzen, wüssten das zu würdigen. Man hätte auch keinen Schulbusverkehr und keine Stellen im sozialen- und Jugendbereich.

Den Betrag von 32. Mio. €, die der Landkreis zur Sanierung der Schulen bekäme, reichten, bei näherer Betrachtungsweise, nur dazu, 2 Schulen von den etwa 100 Schulen zu sanieren, die der Kreis habe. Dann verstehe man, dass die Schulumlage hätte deutlich höher sein müssen, um den Kindern keine Schule zuzumuten, in denen sie nicht mehr unterrichtet werden können, weil die Gebäude schlecht gebaut bzw. nicht saniert wurden.

Herr Potthoff monierte, dass Kostenstellen im Haushalt nicht richtig zugeordnet worden seien und seine Nachfrage im Ausschuss dahingehend beantwortet wurde, dass es diese Kostenstelle nicht gebe. Inzwischen habe er festgestellt, dass dem nicht so sei.

Bezüglich des Stellenplanes erklärte Herr Potthoff, dass er dafür stimmen werde, dass der Auszubildende im Anschluss an seine Ausbildung unbefristet übernommen werde, um diesem jungen Menschen eine Perspektive zu geben. Er machte jedoch auch deutlich, dass er allen anderen Stellenanhebungen bzw. Veränderungen nicht zustimmen werde, außer im Bereich der Kindergärten, da dies vom Gesetzgeber vorgeschrieben sei. Hier würden Personalkosten erhöht, ohne die Einsparungsmöglichkeiten ernsthaft zu prüfen.

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) erklärte, dass es nach Meinung seiner Fraktion der falsche Weg sei, die beabsichtigten Stellenanhebungen im Bereich des Bauhofes zu streichen, eine Anhebung des Personals erhöhe die Lebensfähigkeit des Bauhofes. In diesem Zusammenhang wies er auf den gerade in diesem Winter häufig und intensiv notwendig gewordenen Winterdienst hin. Darüber hinaus spreche sich seine Fraktion auch dafür aus, den Auszubildenden nach der Ausbildung unbefristet zu übernehmen.

Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender der CDU) erklärte, dass die Einrichtung von 2 weiteren dauerhaften Stellen im Bereich des Bauhofes wirtschaftlich der falsche Weg sei, daher habe seine Fraktion den Antrag auf Streichung gestellt.

Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender der FBW) stellte den Antrag zur Änderung des vorliegenden Stellenplanentwurfes, die 2 neu zu schaffenden Stellen im Bereich des gemeindlichen Bauhofes zu streichen.

Der Vorsitzende ließ über diesen Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung.

Damit ist der Antrag angenommen.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 mit den Bestandteilen des Haushaltsplanes (Gesamthaushalt, Teilhaushalten und dem Stellenplan) und den zugestimmten Veränderungen sowie den Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes.

**Beratungsergebnis:** 17 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen,  
2 Stimmenthaltungen

## **7. Herstellung einer gepflasterten Fläche zwischen Sportplatz und Lärmschutzwand**

Drucksache: 41/6/2009/2006-2011

Der stellvertretende Vorsitzende des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses, Herr Hilmar Stahl, berichtete von den Beratungen im Ausschuss.

Herr Stahl erklärte, dass der Ausschuss in dieser Angelegenheit in zwei Sitzungen zwei Beschlussvorschläge erarbeitet habe, da in der ersten Sitzung kein Konsens über die endgültige Gestaltung und Finanzierung des Weges gefunden wurde. Bei der Diskussion hätten sich zu viele ungeklärte Fragen ergeben. Es habe daher einen Ortstermin gegeben, bei dem neben den Ausschussmitgliedern der 1. und 2. Vorsitzende des TSV Niederweimar sowie der Ortsvorsteher von Niederweimar zugegen waren. Grundlage für den gefassten Beschlussvorschlag sei, dass es sich hier um einen Weg handle, der unmittelbar mit dem Neubaugebiet zusammenhänge, der im Eigentum der Gemeinde sei. Der Weg werde nicht nur von den Sportplatzbenutzern, sondern auch von den Bürgern genutzt werden. Daher sei ein Ausbau notwendig, der eine gewisse Stabilität und Pflegeleichtigkeit aufweise.

Die Kosten für diesen Weg sollen nicht aus Haushaltsmitteln bestritten werden, sondern von der HLG bzw. dem Baugebiet getragen werden. Der Weg solle eine Breite von 2 m und eine Länge von ca. 130 m haben und aus Pflastersteinen bestehen.

So ergeben sich zwei Beschlussvorschläge des Ausschusses:

1. Der Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss empfehle der Gemeindevertretung, zu beschließen, die Herstellung eines durchgehenden 2 m breiten Fußweges mit Pflastersteinen. Der geplante Fußweg soll im Bereich des Böschungsfußes angelegt werden. Der TSV Niederweimar werde die Pflege der neuen Fläche übernehmen.
2. Der Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss empfehle der Gemeindevertretung, zu beschließen, dass die Kosten für die Herstellung des Weges von der HLG, d.h. dem Baugebiet, getragen werden müssen.

Frau Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass bei dem Ortstermin, der eine Woche nach der eigentlichen Sitzung stattfand und bei dem ein Beschlussvorschlag erarbeitet wurde, nicht als offizielle Ausschusssitzung gelten könne, da die Formalien, wie rechtzeitige Einladung und damit Herstellung der Öffentlichkeit, nicht erfolgte. Außerdem habe sie bereits im Ausschuss kritisiert, dass die Planung nicht rechtzeitig vorgelegt wurde und dadurch nunmehr Nachverhandlungen nötig würden.

Es hätte bereits im Vorfeld rechtzeitig die gesamte Planung mit den Anliegern, sprich TSV, und den Kosten geklärt werden müssen.

Herr Lothar Potthoff (fraktionslos) erklärte, dass Mitglieder des TSV Niederweimar diese Fläche neben dem Sportplatz pflegen werden, die Gemeinde sollte jedoch die Entsorgung der Grünabfälle vornehmen.

Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender der FBW) stellte den Antrag, den vorliegenden Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass die Gemeinde die anfallenden Grünabfälle entsorge.

Bürgermeister Muth hielt entgegen, dass das Parlament gerade eine beabsichtigte Anhebung der personellen Ausstattung des Bauhofes abgelehnt habe und die gemeindlichen Bauhofmitarbeiter kaum in der Lage seien, diese Arbeiten mit zu übernehmen. Darüber hinaus sei sicherlich nicht ausgeschlossen, dass auch andere Vereine entsprechende Anliegen an die Gemeinde herantrügen.

Herr Siegfried Koch (SPD) äußerte ebenfalls Bedenken, wenn hier eine Einzelzusage erteilt werde.

Matthias Happel (CDU) schlug vor, eine grüne Tonne aufzustellen, damit der geringfügige Anfall von Grasschnitt dort entsorgt werden könnte.

Herr Reinhard Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) führte aus, dass man bei näherem Hinschauen zu dem Schluss kommen könne, dass es hier kommunikative Probleme zwischen dem Gemeindevorstand, sprich Bürgermeister, auf der einen und anderen interessierten, wie TSV, auf der anderen Seite, vorlägen. Er spreche sich daher für einen anderen Umgangsstil und Ton untereinander aus.

#### **Beschluss:**

1. Die Gemeindevertretung beschließt die Herstellung eines durchgehenden 2 m breiten Fußweges mit Pflastersteinen. Der geplante Fußweg soll im Bereich des Böschungsfußes angelegt werden. Der TSV Niederweimar werde die Pflege der neuen Fläche übernehmen. Die politische Gemeinde entsorgt die Grünabfälle.
2. Die Gemeindevertretung beschließt, dass die Kosten für die Herstellung des Weges von der HLG, d.h. dem Baugebiet, getragen werden müssen.

**Beratungsergebnis:** 17 Ja-Stimmen, 7 Gegenstimmen, 3 Stimmenthaltungen

#### **8. Bericht der Jugendpflege für das Jahr 2008**

Drucksache: 50/1/2009/2006-2011

Die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport, Frau Lydia Schneider, führte aus, dass der Bericht der gemeindlichen Jugendpflege im Ausschuss vorgelegen habe und diskutiert wurde. Der Ausschuss habe sich bei Herrn Jugendpfleger Ott für das interessante und ausführliche Werk bedankt. Frau Schneider führte aus, dass sie im Ausschuss darauf hingewiesen habe, dass über die Art und Weise der Partizipation der Jugendlichen in der Gemeinde Weimar Vorgaben in der Geschäftsordnung festgelegt seien, die eine andere Art der Beteiligung vorsehen. Darüber hinaus habe sie die Anzahl der Jugendlichen angesprochen, die nicht oder nur schwer zu erreichen seien. Hier gebe es sicherlich noch Entwicklungsbedarf.

Herr Jugendpfleger Ott stand für Fragen im Ausschuss zur Verfügung, so Frau Schneider. Der Bericht beziehe sich im Wesentlichen auf die personelle Situation in der Jugendarbeit, Bericht über die Jugendclubs, die Ganztagsbetreuung der Grundschul Kinder und ein Bericht über den Kinderkultursommer Mittelhessen sowie über die Freizeiten, die im Jahre 2008 durchgeführt wurden. Weitere Themen des Jugendberichtes seien die Kooperation mit den Vereinen und das Internet-Cafe, weiterhin über die Partizipation der Kinder und Jugendlichen und weitere Angebote, die von der Jugendpflege unterbreitet werden.

**Beratungsergebnis:** Zur Kenntnis genommen

9. **Satzung über die Benutzung der Kindergärten der Gemeinde Weimar (Lahn);**  
**hier: Änderung der festgelegten Reihenfolge für die Aufnahme von Kindern**  
**Antrag einer Mutter zur bevorzugten Aufnahme von Geschwisterkindern in**  
**die Kindergärten der Gemeinde Weimar (Lahn)**  
Drucksache: 31/28/2008/06-11 1. Ergänzung

Auch hier berichtete die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport, Frau Schneider. Grund für die Überarbeitung des § 3 Abs. 3 der Satzung über die Benutzung der Kindergärten der Gemeinde Weimar (Lahn) sei ein aktueller Antrag, ein Geschwisterkind bevorzugt in eine bestimmte Einrichtung der Kommune aufzunehmen.

Frau Doris Knobloch (SPD) schlug vor, zur Verdeutlichung nach dem 2. Satz zusätzlich „ **wenn der Kindergarten dieses Angebot bietet**“ aufzunehmen.

Frau Schneider erklärte, dass sie nichts gegen die Aufnahme dieser weiteren Ergänzung habe, hielt sie jedoch für unnötig, da das Konzept eines Kindergartens entsprechende Vorgaben bezüglich der Aufnahme mache.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, dass § 3 Abs. 3 der Satzung über die Benutzung der Kindergärten der Gemeinde Weimar (Lahn) folgende Fassung enthält:

Maßgebend für die Aufnahme in den Kindergärten ist grundsätzlich das Lebensalter der angemeldeten Kinder. Nach der sich hieraus ergebenden Reihenfolge werden freie Kindergartenplätze belegt. Kinder, deren Geschwister bereits einen Kindergarten der Gemeinde besuchen, werden unabhängig vom Lebensalter bevorzugt **in diese Einrichtung aufgenommen**. Kinder, die aus besonderen sozialen und pädagogischen Gründen vorrangig der Förderung und Betreuung bedürfen, können ebenfalls bevorzugt aufgenommen werden. Die Entscheidung hierüber trifft im Einzelfall der Gemeindevorstand.



**Beratungsergebnis:** Einstimmig

**10. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Schaffung eines kommunalen Netzwerks für ältere und alte Menschen**

Drucksache: 10/12/2008/06-11

Die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport erklärte, dass sie den Ausschussmitgliedern eine Zusammenfassung des Vortrages von Frau Schlichting gemailt habe. Darüber hinaus gebe es eine Reihe von Ansatzpunkten, wie diese Aufgabe zur Schaffung eines kommunalen Netzwerkes für ältere und alte Menschen in die Tat umgesetzt werden könne.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, den Gemeindevorstand mit der Schaffung eines kommunalen Netzwerkes für ältere und alte Menschen zu beauftragen.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

**11. Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.2009 zur Mindestverordnung für Kinderbetreuung**

Drucksache: 10/3/2009/06-11

Herr Siegfried Koch von der SPD-Fraktion stellte den Antrag seiner Fraktion vor: Die SPD-Fraktion beantragt, die Gemeindevertretung der Gemeinde Weimar (Lahn) möge folgenden Beschluss fassen:

Die Gemeindevertretung Weimar (Lahn) fordert das Land Hessen auf, die Mehrkosten durch die Mindestverordnung für Kinderbetreuung, gültig ab 01. September 2009, den Kommunen in vollem Umfang der Mehrkosten (inkl. zusätzlicher Arbeitgeberleistungen) zu erstatten.

Die Gemeindevertretung Weimar (Lahn) fordert den Hessischen Städte- und Gemeindebund auf, mit dem Land Hessen eine für die Städte und Gemeinden kostenneutrale Regelung zu erarbeiten, damit die Kinderbetreuung nach der Mindestverordnung umgesetzt werden kann, ohne die Kommunen in der Gestaltung ihrer Selbstverwaltung (Artikel 28 GG) weiter einzuschränken.

Zur Begründung führte Herr Koch aus, dass die Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder vom 17. Dezember 2008 vorschreibe, dass die personelle Besetzung in Kindergruppen, die ausschließlich Kinder bis zum vollendeten 3. Lebensjahr aufnehmen, mindestens 2,0 Fachkräfte und in Kindergruppen, die Kinder unterschiedlicher Altersstufen aufnehmen, mindestens 1,75 Fachkräfte beträgt. Laut dieser Mindestverordnung soll die Zahl der vertraglich aufgenommenen Kinder in Gruppen, die ausschließlich Kinder bis zum vollendeten 3. Lebensjahr aufnehmen, 8 bis 10, in Gruppen mit Kindern vom vollendeten 3. Lebensjahr bis zum Schuleintritt 15 bis 25 betragen.

So sehr dieser bessere Betreuungsschlüssel fachlich zu begrüßen sei, könne er derzeit von der Gemeinde Weimar nicht finanziert werden. Durch die derzeitige defizitäre Haushaltssituation sehe sich die Gemeinde außer Stande, die personellen Mehrkosten verantwortbar zu übernehmen. Es könne nicht sein, dass die jetzigen Kindergartenkinder in 20 Jahren ihre eigene Kinderbetreuung

samt aufgelaufenen Zinsen selbst zahlen müssen.

Herr Jost-Hendrik Kisslinger (CDU) stellte den Antrag, den Antrag der SPD-Fraktion an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender der FBW) stellte den Antrag, umgehend über diesen Antrag abstimmen zu lassen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Heijo Hoß, ließ zunächst über den Antrag von Herrn Kisslinger bezüglich der Überweisung des Tagesordnungspunktes an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss abstimmen, da dies der weitergehende Antrag sei.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung.

Damit ist der Antrag auf Überweisung an den Ausschuss abgelehnt.

Sodann ließ der Vorsitzende über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung Weimar (Lahn) fordert das Land Hessen auf, die Mehrkosten durch die Mindestverordnung für Kinderbetreuung, gültig ab 01. September 2009, den Kommunen in vollem Umfang der Mehrkosten (inkl. zusätzlicher Arbeitgeberleistungen) zu erstatten.

Die Gemeindevertretung Weimar (Lahn) fordert den Hessischen Städte- und Gemeindebund auf, mit dem Land Hessen eine für die Städte und Gemeinden kostenneutrale Regelung zu erarbeiten, damit die Kinderbetreuung nach der Mindestverordnung umgesetzt werden kann, ohne die Kommunen in der Gestaltung ihrer Selbstverwaltung (Artikel 28 GG) weiter einzuschränken

**Beratungsergebnis:** 12 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen,  
12 Stimmenthaltungen

## **12. Anfragen**

### **Mündliche Anfragen:**

- a) Gemeindevertreter Manfred Möller (CDU) erkundigte sich nach dem Sachstand „Friedwald“, da bereits seit längerer Zeit der Ortsbeirat mit dem Thema beschäftigt und um Stellungnahme gebeten wurde, seither aber keine weiteren Informationen eingegangen seien.

Bürgermeister Muth antwortete, dass über die Fraktionsvorsitzenden die Information gegeben wurde, dass derzeit kein weiterer Handlungsbedarf gesehen werde. Sollte das Thema neu aufgegriffen werden, bitte er um entsprechende Informationen

Herr Möller wunderte sich darüber, dass nur die Fraktionsvorsitzenden informiert worden seien und nicht die Gemeindevertretung. Die weitere Vorgehensweise wäre sicherlich die Überweisung zur weiteren Beratung in den Ausschuss gewesen. Der Antrag sei von dem Waldbesitzer an die Gemeinde gestellt worden mit der Bitte um Stellungnahme.

Bürgermeister Muth sagte eine Klärung der Angelegenheit mit anschließender Information zu.

Frau Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) führte ergänzend aus, dass sie bereits im Ausschuss nach dem Sachstand der Angelegenheit gefragt habe. Mit dem Waldbesitzer sollte Kontakt aufgenommen werden, ob weiterhin

Interesse besteht. Darüber hinaus müsste natürlich auch der Ortsbeirat um Stellungnahme gebeten werden.

- b) Herr Reinhard Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigte sich nach dem Stand der Angelegenheit mit der probeweisen Einführung eines Bürgerbusses.  
Bürgermeister Muth antwortete, dass ihm ganz aktuell eine Stellungnahme des zuständigen Ministeriums vorläge, wonach auch für die probeweise Einführung des Bürgerbusses von den Fahrern, 13 Fahrerinnen und Fahrer hätten sich gemeldet, diese ehrenamtliche Tätigkeit unentgeltlich zu übernehmen, die Voraussetzungen wie die Vorlage ärztlicher Atteste, polizeiliches Führungszeugnis, Umschreiben eines evtl. alten Führerscheines, zu erfüllen seien. Insgesamt rechne man etwa mit 7.000,-- €, die natürlich von der Gemeinde zu übernehmen seien. Er, der Bürgermeister, wolle weitere Gespräche mit RP und Ministerium führen. Evtl. lasse sich hier noch ein Kompromiss herbeiführen. Große Chancen hierzu sehe er allerdings nicht.
- c) Herr Lothar Potthoff (fraktionslos) sprach das Konjunkturprogramm II des Bundes an, wonach die Gemeinde 652.000,-- € erhalten solle. Er erkundigte sich nach dem Verfahren der Umsetzung. Sicherlich müssten hierzu Ausschüsse bzw. Gemeindevertretung zu einer Sondersitzung zusammentreten.  
Bürgermeister Muth und der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Hoß, erklärten, dass hierzu vermutlich im April eine Sondersitzung notwendig werde.

### 13. **Verschiedenes**

- a) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung gab folgende Termine bekannt:
- 20.03.2009 Jahreshauptversammlung Freiwillige Feuerwehr Weimar,
  - 21.03.2009 Jahreshauptversammlung der Jugendfeuerwehr der Gemeinde Weimar,
  - 31.03.2009 19,30 Uhr, Gründungsveranstaltung Verein Freilichtmuseum,
  - 20.03.2009 Versammlung des Fördervereins für Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Weimar (Frau Knobloch mitgeteilt),
  - 04.05.2009 Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport,
  - 05.05.2009 Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss,
  - 06.05.2009 Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss;
  - 14.05.2009 Gemeindevertretung.
- Die Einladung zur Sondersitzung erfolge selbstverständlich rechtzeitig.

Ende der Sitzung: 21.15 Uhr.

Der Vorsitzende:

( Heijo Hoß )

Die Schriftführerin:

( Rita Rohrbach )